

Leserbrief zur öffentlichen Sitzung des Sulzer Gemeinderats am 30.09.2024

Ein Lehrstück in Demokratie?

Mitnichten! Am letzten Montag hat der Gemeinderat der Stadt Sulz am Neckar auf Vorschlag des Bürgermeisters mit einer einzigen Gegenstimme das von knapp 1400 Bürgern geforderte Bürgerbegehren gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Wald auf kommunalen Flächen, ohne Not, für ungültig erklärt, obwohl der Bürgermeister nach der Bürgerversammlung am 08.07.2024 den Vertrauenspersonen die Zulässigkeit und die formale Richtigkeit des Bürgerbegehrens bestätigt hatte. Als Grund für den Sinneswandel des Bürgermeisters wurden zwei sich widersprechende juristische Einschätzungen von bezahlten Rechtsanwälten angeführt, die in Auftrag gegeben wurden, weil in einem Verwaltungsgerichtsurteil die Klage gegen einen Unzulässigkeitsbeschluss eines Bürgerbegehrens durch einen Gemeinderat abgewiesen wurde. Eine Klage vor dem Verwaltungsgericht kann nun auch in Sulz drohen und das weitere Vorgehen in Sachen Windkraft auf Jahre hinaus auf Eis legen. Hätte der Gemeinderat das Bürgerbegehren für zulässig erklärt, glaube ich nicht, dass dagegen jemand geklagt hätte. Trotz eines flammenden Apells der Vertrauensperson Patrik Helbig, der vor der Abstimmung für die Unterstützung dieses urdemokratischen Aktes geworben hat, ließ sich der Gemeinderat vom Bürgermeister am Nasenring durch die Manege des Backsteinbaus führen. Nur um kurz darauf einstimmig einem Bürgerentscheid zuzustimmen, der die gleiche Fragestellung beinhaltet, wie die des Bürgerbegehrens. Das verstehe wer will. Um was geht es hier denn, um Rechthaberei oder gar um Eitelkeit? Im ursprünglichen Beschlussvorschlag des Bürgerentscheids des Bürgermeisters sollte die Windkraft ja zusätzlich zum Wald auch noch auf gemeindeeigenen Freiflächen verboten werden. Letzteres sollte wohl diejenigen Bürgerinnen und Bürger in die Bredouille bringen, die nicht grundsätzlich gegen Windkraft, wohl aber gegen Windräder im Wald sind. Als Plädoyer für den Bürgerentscheid der Verwaltung hielt der Fraktionsvorsitzende der SPD eine über weite Strecken peinliche Moralpredigt, letztlich nur um sein eigenes bisheriges Abstimmungsverhalten, das offensichtlich nicht dem Willen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger entspricht, zu rechtfertigen. Dabei wurden die Gegner von Windkraft im Wald nahezu als Leugner des Klimawandels denunziert und in die AFD-Ecke gestellt, was diesen extrem aufgestoßen ist. Wie wir es häufig in der Welt sehen, bildet die repräsentative Demokratie den Bürgerwillen nie besser ab als die direkte. Auch die Plädoyers der Fraktionsvorsitzenden der FWV und der CDU gingen mit keinem Wort auf den hohen demokratischen Wert des Bürgerbegehrens ein, wie er von Herrn Helbig kurz zuvor ausführlich dargelegt wurde. Vielmehr wurden Horrorszenarien gemalt, beispielsweise dass wegen fehlender Einnahmen der Stadt künftig Rathäuser geschlossen werden müssten. Dabei handelt es sich doch bei der Entscheidung gegen den Bau von riesigen Windrädern auf den bewaldeten Bergrücken rund um Sulz nicht um einen finanziellen Verlust für die Stadt sondern bestenfalls um einen möglicherweise entgangenen Gewinn. Wenn die Windräder nicht kommen, bleibt doch die finanzielle Ausstattung der Stadt genauso, wie sie jetzt ist, und die ist nicht so schlecht. Von der Fraktion der Grünen, deren Partei vor fast einem halben Jahrhundert als frische basisdemokratische Kraft gestartet ist, hat man zu dem Bürgerbegehren der Bürger oder zu dem Bürgerentscheid der Verwaltung übrigens überhaupt nichts gehört. Ich denke, dass der Bürgermeister und der Gemeinderat der Stadt Sulz durch ihr unglückliches Agieren in der letzten Gemeinderatsitzung, das einer Bevormundung der Bevölkerung gleichkommt, ihrem eigentlichen Anliegen einen Bärendienst erwiesen haben und die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger am 08.12.2024 nun erst recht den Bau von Deutschlands höchsten Windkraftanlagen auf gemeindeeigenen Flächen im Wald ablehnen wird.

Axel Hempfling, Sulz am Neckar